

ANTRAG

auf Gewährung einer Zuwendung zur
Verbesserung der Versorgung von Binnen-
schiffen mit Landstrom in Rheinland-Pfalz

An die

**Investitions- und Strukturbank
Rheinland-Pfalz (ISB)
OE 2.2 Zuschüsse
Holzhofstraße 4
55116 Mainz**

Datum der Antragstellung:

Eingangsvermerk

Landstromanlagen für Binnenschiffe

1. Antragstellende Verwaltung bzw. antragstellendes Unternehmen

Name der kommunalen Gebietskörperschaft bzw. Name des Unternehmens				
Anschrift	Straße		Haus-Nr.	
	PLZ		Ort	
Bankverbindung	IBAN		BIC	
Auskunft erteilt				
Ansprechperson				
Telefon				
E-Mail				
Rechtsform des Unternehmens				
Handelsregister-Nr., Amtsgericht				

2. Maßnahme

Möglichst kurze, aber eindeutige Beschreibung der Maßnahme, bei Baumaßnahmen auch Beginn und Dauer.

3. Gesamtkosten und Zuwendung

Hinweis: Bei Baumaßnahmen ist eine Kostengliederung stets, sonst nach Maßgabe der Bewilligungsbehörde beizufügen.

Gesamtkosten der Maßnahme		EUR
davon voraussichtlich zuwendungsfähige Ausgaben		EUR
Beantragter Fördersatz		EUR
Beantragte Zuwendung		EUR

4. Begründung

Kurze Erläuterung der Notwendigkeit der Maßnahme sowie bei Baumaßnahmen eine Erklärung, dass ausführungsfähige Pläne vorliegen.

5. Finanzierung

Gesamtkosten		EUR
Gesamtfinanzierung (Finanzierungsmittel) davon:		EUR
▪ Beiträge Dritter		EUR
▪ Zuwendungen Dritter		EUR
▪ Bund		EUR
▪ Bewilligungsbescheid ¹ vom		EUR
▪ Landkreis		EUR
▪ Sonstige		EUR
▪ Eigenmittel		EUR
davon sollen vsl. mit Krediten finanziert werden		EUR
▪ Eigenleistungen		EUR
▪ sonstige Finanzierungsmittel		EUR
Ungedeckt (beantragte Zuwendung):		EUR

6. Fälligkeit der Kosten

Von den Gesamtkosten fallen voraussichtlich an:

Zeitraum	Jahr	EUR	davon zuwendungsfähige Ausgaben EUR
Haushaltsjahr			
Haushaltsfolgejahr			
2. Haushaltsfolgejahr			

¹ Falls noch kein Bewilligungsbescheid vorliegt, ist anzugeben, ob und aufgrund welcher rechtsverbindlichen Vereinbarung oder Zusage die Zuweisung bzw. der Zuschuss zu erwarten ist.

7. Zusätzliche Angaben bei Baumaßnahmen

Die nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Folgekosten (Belastung der künftigen Haushalte) werden voraussichtlich betragen.

Ermittlung		EUR
Personalkosten		EUR
Sachkosten		EUR
Kalkulatorische Kosten		EUR
Gesamt		EUR
Einnahmen (z. B. Benutzungsgebühren)		EUR
mithin Folgekosten		EUR

Ergänzende Angaben

Diesem Antrag sind folgende Anlagen beizufügen:

Übersichtsplan	(Katasterplan)
Lageplan des Bauvorhabens (im Maßstab 1:500)	mit Darstellung der Erschließungs- und Außenanlagen
Entwurfszeichnungen	die Art und Umfang des Bauvorhabens prüfbar nachweisen, im Maßstab 1:100; 1:200; Details wie z.B. Schnitte, Aufstellungsplan; Trafokompakt-stationen; Übergabestationen 1:50, 1:20), alle technische Daten der elektrischen Anlagen; Anbindung und Darstellung an das öffentliche Netz (Trafostation, MSA, NSHV der z.B. Stadtwerke, Energieversorger); (Schema Starkstromanlagen; KG 440), ggf. Bestandsunterlagen
bauaufsichtliche und/oder sonstige Genehmigungen	(Vorbescheide genügen)
Rahmenterminplan	
Erläuterungsbericht	Veranlassung und Zweck der geplanten Baumaßnahme, Kapazität, Nutzung (gegebenenfalls Hinweise auf entsprechende Gesetze, VDE-DIN-Normen Verordnungen, Richtlinien oder veranlassende Schreiben, die in Abdruck beizufügen sind), Benennung des künftigen Eigentümers, Baulasträgers, Betreibers oder Nutznießers der Anlage Bau- und Ausführungsart mit Erläuterung der baulichen, der ver- und entsorgungstechnischen, maschinentechnischen, elektrotechnischen und anderen Anlagen und Einrichtungen, Bevorratung, zugrundeliegenden technischen Vorschriften u. a. m., Begründung der Wirtschaftlichkeit bei mehreren Lösungsmöglichkeiten die vorgesehene Abwicklung der Baumaßnahme (Vergabe und Ausführung), Stand der bauaufsichtlichen und sonstigen Genehmigungen usw., etwaige Leistungen und Verpflichtungen sowie evtl. Rückflüsse nach den Gesetzen, Ortsstatuten und sonstigen Satzungen (Versorgungsanlagen)
Kostenberechnung bis zur 3. Ebene (DIN 276 Stand 12/2008)	Die Kosten sind für Hochbauten nach DIN 276, für andere Bauten entsprechend (gegebenenfalls nach Bauobjekten/Bauabschnitten unterteilt) zu ermitteln, wobei diejenigen Kosten, für die eine Zuwendung beantragt wird, gesondert auszuweisen sind. Als Anlagen sind – soweit erforderlich – Kosten-Aufschlüsselungen oder Berechnungen anderer Art, deren Ergebnisse der Kostenberechnung zugrunde gelegt wurden, beizufügen, bei Hochbauten auch die Berechnung der Flächen und des Rauminhaltes nach DIN 277
Wirtschaftlichkeitsberechnung	
Nachweis	Nachweis der Vergabe von Aufträgen an freiberuflich Tätige nach den geltenden Vergabebestimmungen

Für fachliche Fragen zu den Antragsunterlagen steht die Prüfgruppe ZBau beim Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung LBB Ihnen gern zur Verfügung Ansprechpartner:

Frau Petra Günter
Tel. 06131 20496-132
guenterpetra.zentrale@lbbnet.de

Die vergaberechtlichen Vorschriften sind in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

Hinweise dazu finden Sie auf der Homepage des MWVLW RLP:

- <https://mwvlw.rlp.de/de/themen/wirtschafts-und-innovationspolitik/wettbewerbspolitik/vergaberecht/europaweite-vergabeverfahren/>
- <https://mwvlw.rlp.de/de/themen/wirtschafts-und-innovationspolitik/wettbewerbspolitik/vergaberecht/nationale-vergabeverfahren/>

8. Erklärung des Antragstellers

1. Ich/Wir erkläre/n, dass mit dem beantragten Vorhaben noch nicht begonnen wurde. Mir/Uns ist bekannt, dass mit dem Vorhaben erst begonnen werden darf, wenn ein Bewilligungsbescheid ergangen ist oder die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmen-/Baubeginn erteilt wurde.
2. Ich/Wir erkläre/n, dass wir zum Vorsteuerabzug

berechtigt

nicht berechtigt sind.
3. Die o.a. Maßnahme ist

im Haushaltsplan/in den Planungsdaten bis zum Jahr unter der Buchungsstelle veranschlagt.

bisher nicht veranschlagt.
4. Ich/Wir versichere/n die Richtigkeit und Vollständigkeit sämtlicher in den Antragsunterlagen enthaltenen Angaben.
5. Ich/Wir versichere/n, dass mir/uns die der Zuwendungsgewährung zugrunde liegenden rechtlichen Bestimmungen bekannt sind. Dies sind insbesondere
 - die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 16.11.2020 zur Förderung von Landstromanlagen für Binnenschiffe (Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Versorgung von Binnenschiffen mit Landstrom in Rheinland-Pfalz, MinBl. v. 18.12.2020 Seite 292),
 - Teil I bzw. Teil II der Verwaltungsvorschrift zu § 44 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung (VV-LHO) vom 20.12.2002 (MinBl. S. 22) einschließlich der Fachlichen Ergänzungsbestimmungen für Zuwendungen (ZBau), (Anlage 1 zu Teil I der VV zu § 44 Abs. 1 LHO).
6. Mir/Uns ist bekannt, dass die in den Antragsunterlagen enthaltenen Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) vom 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322) i. V. m. § 2 Abs. 1 Subventionsgesetz (SubvG) vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2037) und § 1 des Landesgesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen nach Landesrecht - Landessubventionsgesetz (LSubvG) vom 07.06.1977 (GVBl. S. 168) sind. Ich/Wir nehme/n davon Kenntnis, dass gemäß § 3 Abs. 1 SubvG der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen sind, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.
7. Mir/Uns ist bekannt, dass im Rahmen der Durchführung der zur Förderung beantragten Maßnahme die geltenden Vergabevorschriften
 - des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung des Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts (Vergaberechtsmodernisierungsgesetz – VergRModG) vom 17. Februar 2016 (BGBl. I S. 203),
 - der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge - Vergabeverordnung (VgV) in der Fassung der Verordnung zur Modernisierung des Vergaberechts (Vergaberechtsmodernisierungsverordnung – VergRModVO) vom 12. April 2016 (BGBl. I S. 624),
 - der Verordnung über die Vergabe von Aufträgen im Bereich des Verkehrs, der Trinkwasserversorgung und der Energieversorgung - Sektorenverordnung (SektVO) in der Fassung der Verordnung zur Modernisierung des Vergaberechts (Vergaberechtsmodernisierungsverordnung – VergRModVO) vom 12. April 2016 (BGBl. I S. 657),
 - der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Teil A (VOL/A),
 - der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A)

zu beachten sind und wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen der Landeskartellbehörde - angesiedelt beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau - unverzüglich mitzuteilen sind.

Mir/Uns ist das Rundschreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau und des Ministeriums der Finanzen zu förderrechtlichen Maßnahmen bei Verstößen gegen die VOB/A und die VOL/A vom 16.06.2003 (MinBl. S. 374) bekannt.

Bei der Auftragsvergabe werde/n ich/wir darüber hinaus die Ziffer 17 der Verwaltungsvorschrift zur Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung vom 1.12.2015 (MinBl. S. 350) sowie die Vorgaben des Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben - Landestariftreuegesetz (LTTG) vom 1.12.2010 (GVBl. S. 426) beachten.

8. Die Antragsbearbeitung erfolgt unter der Nutzung von Datenverarbeitungssystemen. Dafür ist die Speicherung und Verarbeitung der im Antrag vorgesehenen Daten erforderlich. Die Daten werden nur den mit der Antragsbearbeitung und der -abwicklung unmittelbar befassten Behörden zugänglich gemacht, soweit dies für die Antragsbearbeitung und -abwicklung erforderlich ist. Eine Verwendung für andere Zwecke, ausgenommen die Erstellung von Statistiken, ist ausgeschlossen. Ich/Wir erkläre/n mit meiner/unsere(r) Unterschrift das Einverständnis mit der vorgenannten Bearbeitungsweise.

Ort und Datum

rechtsverbindliche Unterschrift(en) des/der Antragsteller/s/in
inkl. Dienstsiegel, Firmenstempel

Rechtlicher Hinweis:

Alle zitierten Rechtsnormen und Rechtsvorschriften gelten in der zum Zeitpunkt der Antragstellung gültigen Fassung.

Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben

Antragsteller		Antrag vom	
Beantragtes Vorhaben			

1. Gesamtkosten

Gesamtkosten des Vorhabens, brutto (Antragsteller ist nicht vorsteuerabzugsberechtigt)		EUR
---	--	-----

oder

Gesamtkosten des Vorhabens, netto (Antragsteller ist vorsteuerabzugsberechtigt)		EUR
--	--	-----

2. Grunderwerbskosten

Grunderwerbskosten laut Kostenvoranschlag		EUR
---	--	-----

Hiervon sind abzusetzen:

- | | | |
|---|--|-----|
| <ul style="list-style-type: none"> ▪ Beiträge Dritter | | EUR |
| <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wert der Grundstücke und Grundstücksanteile, die nicht zuwendungsfähig sind | | EUR |
| <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sonstige nicht zuwendungsfähige Grunderwerbskosten | | EUR |

Summe der nicht zuwendungsfähigen Grunderwerbskosten		EUR
--	--	-----

Zuwendungsfähige Grunderwerbsausgaben		EUR
--	--	-----

3. Baukosten

Baukosten laut Kostenvoranschlag		EUR
----------------------------------	--	-----

Hiervon sind abzusetzen:

- | | | |
|---|--|-----|
| <ul style="list-style-type: none"> ▪ Beiträge Dritter | | EUR |
| <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wert anfallender Stoffe oder Erlöse aus ihrer Veräußerung | | EUR |
| <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sonstige nicht zuwendungsfähige Baukosten | | EUR |

Summe der nicht zuwendungsfähigen Baukosten		EUR
---	--	-----

Zuwendungsfähige Bauausgaben		EUR
-------------------------------------	--	-----

4. Verwaltungskosten

Verwaltungskosten laut Kostenvoranschlag		EUR
--	--	-----

Davon nicht zuwendungsfähige Verwaltungskosten		EUR
--	--	-----

Zuwendungsfähige Verwaltungsausgaben		EUR
---	--	-----

5. Summe

Zuwendungsfähige Ausgaben insgesamt		EUR
--	--	-----

Ort und Datum

rechtsverbindliche Unterschrift(en) des/der Antragsteller/s/in
inkl. Dienstsiegel, Firmenstempel